



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4159

12. Dezember 2024

Ein neuer Ton in Brüssel: Machtverschiebungen, Herausforderungen und Chancen

Die politische Dynamik in der Europäischen Union verändert sich. Nach den Europawahlen 2024 und dem Amtsantritt der neuen Kommission unter Ursula von der Leyen zeichnet sich ein institutioneller Machtkampf ab, der das Gleichgewicht zwischen den EU-Institutionen auf eine harte Probe stellt. Dies betrifft nicht nur Brüssel, sondern hat auch Auswirkungen auf die Regionen. Die Debatten um Machtverteilung, politische Prioritäten und nicht zuletzt die zukünftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik zeigen, wie relevant diese Entwicklungen auch für die Landespolitik sind.

Ein besonders brisantes Thema ist das von Ursula von der Leyen und Roberta Metsola vorangetriebene „[joint statement](#)“ zwischen Europäischer Kommission und Europäischem Parlament. Diese in Brüssel „[VDL-Metsola-Deal](#)“ genannte Vereinbarung, die die Zusammenarbeit der beiden Institutionen stärken soll, stößt im Rat auf massiven Widerstand. [In einem durchgesickerten Dokument äußern EU-Botschafter deutliche Kritik und sprechen von einer „Gefährdung des institutionellen Gleichgewichts“](#), wie es in den Verträgen festgeschrieben ist. Besonders umstritten ist die vorgeschlagene Einbindung des Parlaments in Entscheidungen nach [Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union \(AEUV\)](#), der bisher eine Zusammenarbeit von Kommission und Rat ohne Beteiligung des Parlaments erlaubt.

Das Parlament fordert nun mehr Transparenz und will sicherstellen, dass es bei der Anwendung dieses Artikels umfassend informiert wird. Diese Forderung wurde vor allem durch die Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise genährt, als das Parlament mehrfach umgangen wurde.

Der sich anbahnende institutionelle Konflikt spiegelt ein größeres Bild wider: Die EU-Institutionen sind dabei, ihre Machtverhältnisse neu zu ordnen. Die Kommission hat in den letzten Jahren durch ihr Krisenmanagement deutlich an Gewicht gewonnen. Das Parlament versucht nun, diese Dynamik auszubalancieren, während der Rat seine Position als Stimme der Mitgliedstaaten verteidigt.

Schwerpunkte der neuen Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen [hat für ihre neue Amtszeit von 2024 bis 2029 Prioritäten formuliert](#), die auf die drängenden Herausforderungen Europas reagieren sollen. Zu diesen Prioritäten gehören die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung einer nachhaltigen und digitalen Transformation sowie die Sicherung der geopolitischen Position der EU.

Der geplante [„Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“](#) soll demnach Mitgliedstaaten und Regionen anleiten, gezielt in Zukunftsfelder wie grüne Technologien und digitale Innovationen zu investieren. Gleichzeitig sollen bürokratische Hürden abgebaut werden, um den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern und die Umsetzung zu beschleunigen.

Ein weiterer Schwerpunkt bleibt die grüne Transformation. Mindestens 30 Prozent der Kohäsionsmittel sollen in Projekte fließen, die die Ziele des europäischen Green Deal unterstützen. Dazu gehören Investitionen in erneuerbare Energien, der Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur und die Förderung klimafreundlicher Technologien. Schleswig-Holstein, das in den Bereichen Windenergie und nachhaltige Entwicklung bereits eine führende Rolle einnimmt, kann hier auf zusätzliche Unterstützung aus Brüssel hoffen.

Geopolitisch will die Kommission Europa als globalen Akteur stärken. Die Unterstützung der Ukraine, die Förderung von Frieden und Sicherheit in Konfliktregionen und der Ausbau der Europäischen Verteidigungsunion sind zentrale Elemente dieser Strategie. Diese Ziele sollen die wachsende Bedeutung einer geeinten und handlungsfähigen EU in einer instabilen Weltordnung widerspiegeln.

Kohäsionspolitik

Ein zentrales Instrument zur Umsetzung der Prioritäten der Europäischen Union bleibt die Kohäsionspolitik. Unter der Leitung von Raffaele Fitto, [dem neuen, umstrittenen Kommissar für Kohäsion und Reform](#), steht die Modernisierung dieser Politik im Mittelpunkt. Dazu gehört die Einführung des „Einheitlichen Plans“, der nationale und regionale Programme zusammenführt und mit EU-weiten Prioritäten verknüpft.

Dieser Ansatz bleibt jedoch nicht ohne Kritik. Während die Kommission die Flexibilität und Effizienz des „Einheitlichen Plans“ hervorhebt, warnen der Ausschuss der Regionen und andere Akteure vor einer möglichen Schwächung regionaler Entscheidungsstrukturen. Es wird befürchtet, dass zentrale Vorgaben die spezifischen Bedürfnisse einzelner Regionen vernachlässigen und langfristig geplante Projekte kurzfristigen Maßnahmen geopfert werden (siehe hierzu auch den „Bericht aus Brüssel“ vom November 2024).

Die Frage, wie sich die Zusammenarbeit der EU-Institutionen entwickelt, wird entscheidend dafür sein, ob die ehrgeizigen Ziele der Kommission tatsächlich erreicht werden können. Schleswig-Holstein ist von diesen Entscheidungen unmittelbar betroffen, da EU-Mittel und politische Vorgaben die regionale Entwicklung maßgeblich mit prägen.

Zum Weiterlesen:

[Bertelsmann Stiftung: Überblick über die Bedeutung der Kohäsionspolitik im Hinblick auf die EU-Grünen-Deal-Ziele.](#)

[Europäische Kommission: Einführung des „Single Plans“ zur Bündelung und Flexibilisierung kohäsionspolitischer Maßnahmen.](#)

[Ausschuss der Regionen: Kritik an der Zentralisierung und möglichen Auswirkungen auf regionale Strukturen.](#)